

Richard Meng

Mehr als Routine

Die Populisten attackieren den Journalismus – dessen Antwort kann nur sein: Ausweichen verboten!

Lügenpresse! Das ist mehr als nur eine dumme Parole. Welche Interessen, Strategien und Unterstützer auch immer hinter den rechten Aufmärschen stehen mögen: So brutal wurde der Journalismus lange nicht zur Zielscheibe wie bei den Dresdner Demonstrationen. Manches sieht danach aus, als ob in Dresden nur besonders extrem mit einem Vorwurf der Meinungsmache gespielt wurde, der allmählich ins Repertoire von Extremisten und Provokateuren rückt.

Klassisch war es eher so: Wer etwas kritisieren oder verändern will, sucht die Medien als Bündnispartner. Oft hat das funktioniert. Das Besondere, Widerspenstige, Aufmüpfige findet im Journalismus und in der Medienlogik immer Anknüpfungspunkte, weil so neue Geschichten entstehen, Zuspitzungen möglich werden. Erst Publizität bringt Minderheiten ja dorthin, wo sie hinwollen, nämlich ins Zentrum von Debatten. Dass aber das Beschimpfen der Medien letztlich auch eine Art Nutzerverhältnis zu ihnen sein kann, ist neu.

Nun muss man einräumen: Die alte Partner-Konstellation gibt es vorwiegend bei Themen auf der politischen Linken. Wenn es etwa gegen Abschiebungen oder gegen Sozialabbau geht – und die Zahl der Kamerateams mitunter größer ist als die der Demonstranten. Mit solcher Entschiedenheit von Medienleuten muss die Politik leben, und das tut sie ja auch. Und allemal können die Journalisten sich recht sicher sein, dass sie nicht öffentlichkeitswirksam zurück attackiert werden. Medienschelte? Da ist gegen den Korpsgeist der medialen »Zunft« nicht viel zu machen.

Jetzt wird auch in offenen westlichen Gesellschaften bei rechten bzw. autoritär-ideologischen Themen der Journalismus

selbst zur Zielscheibe – und das, siehe die islamistischen Anschläge, bis hin zur direkten persönlichen Bedrohung. Jetzt werden diejenigen, die etwas mit Worten oder in Bildern beschreiben und bewerten, wie Verursacher attackiert. Wie die »eentlichen« Akteure. Offenbar weil sie in einem sehr viel umfassenderen Sinn für die eigentlichen Akteure gehalten werden, als viele von ihnen sich selbst sehen. Weil sie gehalten – und sei es satirisch, oder weil sie bestimmten – antidemokratischen – Botschaften den direkten Zugang zum öffentlichen Diskurs versperren. Paradox ist das schon. Denn ob die Gatekeeper-Funktion des Journalismus im Internetzeitalter aufrechtzuerhalten ist, wird in der Medienwissenschaft eher bezweifelt als für sicher gehalten. Viel zu große Anteile der täglichen Realitätsverarbeitung, insbesondere innerhalb von Organisationen, entwickeln sich ohne allgemeinjournalistischen Filter. Wo Tageszeitungen oder öffentlich-rechtliches Fernsehen nur Minderheitenprogramme sind, finden Dogmatismus und Einseitigkeit erst recht andere Wege an die Adressaten.

In Teilwelten werden nur Teilwahrheiten zur Kenntnis genommen, journalistisch aufgearbeitete Komplexität hält man gern für unwahr. Abstruse Verschwörungstheorien zu fast allem finden neuerdings Anhänger in Scharen. Das sagt einiges über diese Teile der Gesellschaft aus. Und so gibt es viele Punkte, an denen diese Gesellschaft in der Selbstwahrnehmung auseinanderzufallen droht und Argumente nichts mehr bewegen.

Die Ausländerpolitik ist so ein Punkt. Auch in Bereichen der internationalen Einordnung (USA- oder Russlandbild) oder bei Fragen der sozialen Balance verstärkt

sich der Eindruck, dass es vielen nicht mehr auf Argumente und differenzierte Darstellung ankommt. Mag der Politikjournalismus Talkrunden aufstellen und sogenannte Faktenchecks anbieten: Sie haben ihre sichere Meinung und wollen sie bestätigt haben.

Wobei so manche Talkshow dem längst Rechnung trägt. Hauptsache die Rechthaber aller Lager streiten sich schön. Dass jemand mal auf ein Argument eingeht, muss nicht unbedingt sein. Der Politikjournalismus selbst neigt ja durchaus dazu, sich am liebsten selbst als die wahre Definitionsmacht zu betrachten, Abschätzigkeit und Häme gegenüber den realen Politikdarstellern inklusive.

Hat nicht all das zusammen den Eisberg wachsen lassen, an dessen Spitze nun »Lügenpresse« krakeelt wird? Die Frontalattacke auf die Medien war jedenfalls kein ganz erfolgloser Tabubruch und vieles spricht dafür, dass es in der Tonlage der Populisten nun weitergeht. Deshalb ist der Journalismus in neuer Weise herausgefordert und er sollte der Versuchung nicht nachgeben, die im schnellen Produktionsalltag nahe liegt: die Sache routiniert ins Archiv zu verschieben, wenn sich die Aufregung gelegt hat.

Gute Gatekeeper geben Sortier- und Einordnungshilfe, sie manipulieren nicht Teile der Wirklichkeit weg aus dem Blickfeld. Sie brauchen dazu aber das Vertrauen des Publikums, in dessen Auftrag sie ihre Arbeit machen. Um dieses Vertrauensproblem geht es. Was da von den Populisten jetzt mit einiger Professionalität aufgegriffen wird, ist eine offenbar anheimelnde Grundhaltung der Ignoranz gegen alles, was nicht ins Weltbild passt. Eine Politik des Vertrauensentzugs in einer Gesellschaft, in der Vertrauen generell schwindet.

Wohl wahr: Für Leute, die so ticken, ist Qualitätsjournalismus unbrauchbar. Kritisches Hinterfragen ist ihnen objektiv bedrohlich. Die Reduzierung von Politik auf einfache Klischees verträgt keine Differen-

zierung. Aber demokratischer, abwägender Journalismus kann ohne Vertrauen nicht sein, selbst wenn er wollte. Und was es für die Pressefreiheit bedeutet, wenn solche autoritären Populisten an die Macht kommen, lässt sich gerade in Ungarn ablesen. Und in Russland schon lange.

Gerade weil dieses Themenfeld inzwischen so international geworden ist und der Kampf um die Pressefreiheit wieder zu einem Kernkonflikt für die Entwicklung der Demokratie zu werden scheint, reicht es nicht aus, die Dresdner Auswüchse als Sumpflüthen abzutun. Das sind sie in Einzelereignissen zweifellos. Aber da wird eine Melodie vernehmbar.

Auch die öffentlich-rechtlichen Sender wurden zuletzt von Programmbeschwerden wegen vermeintlich falscher Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt überzogen. Meist kamen sie von der immer gleichen Adresse, waren professionell vorbereitet und hatten den Vorwurf zum Kern, dass wahrheitswidrig negativ mit Russland umgegangen werde. Solche Programmbeschwerden sind sonst selten, kommen eher von einzelnen Lobbyisten oder Lobbyorganisationen und sind auf Einzelsendungen bezogen. Hier zeigte sich aber, dass jemand die Nachrichtenberichterstattung systematisch auswertet und nach Beschwerdegründen sucht. Auch hier liegt wieder nahe: Medienkritik als Strategie der Medienbeeinflussung – denn so kann man für viel Aufwand und Ärger sorgen, damit die Konfliktberichterstattung zurückhaltender und damit schnell noch nichtssagender wird.

Als erstes stirbt im Krieg die Wahrheit: Inzwischen weisen die politischen Korrespondenten noch öfter als früher ausdrücklich darauf hin, dass sie ihre Informationen nicht selbst überprüfen können. Die Gatekeeper zeigen ihre Unsicherheit. Das Teufliche an solchen Effekten ist, dass dann am Ende nur noch die Positionen A und B

Kernkonflikt für die Entwicklung der Demokratie

ohne Bewertung nebeneinander gestellt werden, auch wenn A und B einander diametral widersprechen. Und im Publikum alle ihre Vorurteile behalten können.

Es gibt viele solcher journalistischen Gratwanderungen, nicht nur in Krisengebieten. Rechtsradikale Parteitage oder Populisten-Demonstrationen sind die Klassiker. Wer berichtet macht immer auch publik. Ist das nun politisch oder unpolitisch, hilft es den Populisten oder schadet es? Muss Journalismus sich überhaupt mit seiner Wirkung beschäftigen oder sollte ihm diese (im Interesse der eigenen Unabhängigkeit) egal sein? Er muss sich jedenfalls selbst vor einfachen Antworten hüten und Überheblichkeiten meiden. Er sollte nicht immer einen Konflikt zum Megathema aufblasen – und dann weiterziehen.

Hinsichtlich der »Lügenpresse«-Demonstrationen hat die große Mehrheit der Medien inhaltlich klar Linie gehalten und doch letztlich für eine weltweite Publizität gesorgt, bei der man die Relevanzfrage stellen muss. Die Berichterstattung war eindeutig einordnend. Anders als zum Teil die Ortspolitiker agierten, die immer wieder von Verständnis und Dialog sprachen. Aber machen wir uns nichts vor: Die Organisatoren wollen die Fernsehbilder und diese sind bereits die Wirkung.

Deshalb stellt sich nun auch die Frage, wie der politische Journalismus selbst mit sich umgeht. Ob er wieder einmal zu sensationslüstern war. Ob er sich destabilisieren lässt. Und ob er nicht generell selbstbezogen die Frage beantworten muss, was Glaubwürdigkeit ist – und was Opportunismus. Dabei gibt es natürlich beides: übersteuerter und auch vermiedene Diskurse.

Da ist jetzt ein Zeitpunkt gekommen, an dem die Routineantworten schal wirken – gerade weil die Lügen-Attacke so

brutal daherkam. Was nicht geht, ist der Rückzug auf vermeintliche Berichterstattungsneutralität, deren Unabhängigkeitsideal schon immer ein Stück Selbstbetrug war. Gerade Objektivität braucht einen Standpunkt. Es kommt nur darauf an, ihn dann auch transparent zu machen, ihn nicht hinter einem vordergründig fairen Einerseits-Andererseits zu verstecken.

Das sind sehr unangenehme Fragestellungen für Medienleute, die gewohnt sind, sich selbst auf der moralisch guten und stets sauberen, akteursfernen Seite zu sehen. Unangenehm auch, weil über solche Fragen gutwillig selbstreflexiver Journalismus schnell ins Interessensgetümmel hinuntergezogen wird, in dem alle nur ihre eigenen Wahrheiten zulassen. Dennoch: Es gibt gar keinen anderen Weg, als sich dieser Selbstreflexion zu stellen, um Mut zu tanken. Mut zur Entschiedenheit.

Wenn der Journalismus selbst offen zum Zielgebiet der Einflussnahme wird, greift das schöne Prinzip nicht mehr, Abstand zu allem und jedermann zu halten. Es kann ja sein, dass genau dies das Ziel der Einflussnahme war. Und dass dann, als perfekte Destabilisierung demokratischer Willensbildung und in Distanz zu allem, zum Beispiel zwischen Tätern und Opfern nicht mehr unterschieden wird, oder zwischen Hetzern und Verteidigern der Demokratie.

Nein, politischer Journalismus darf sich von der normativen Ebene und vom Partei ergreifen nie verabschieden. Er ist aber auch immer wieder neu gefordert, die Werte zu klären und offen zu legen, an welchen er sich dabei orientiert. Nicht zuletzt, damit niemand den Eindruck haben kann, es gäbe diese Werte nicht mehr oder es dürfe sie gar nicht geben. Jetzt ist wieder eine Zeit, in der das bitter deutlich wird.



Richard Meng

ist Politikwissenschaftler, Autor und Beirat der NG/FH. Er war stellvertretender Chefredakteur der Frankfurter Rundschau und Sprecher des Senats von Berlin.

richard.meng@t-online.de